



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

„Unsere Verantwortung: Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft des Saarlandes.“

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes

Anke Rehlinger

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 26. April 2022

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

„Unsere Verantwortung: Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft des Saarlandes.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

und an dieser Stelle muss ich innehalten. Denn es ist das erste Mal, dass eine Ministerpräsidentin eine Landtagspräsidentin ansprechen kann. Liebe Heike Becker, Du bist die erste Frau an der Spitze des Landtages und ich bin sehr stolz darauf! Die zwei höchsten Ämter des Saarlandes sind nun von Frauen besetzt. Das ist historisch. Und das ist einfach wunderschön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Saarländerinnen und Saarländer,
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete des neuen saarländischen Landtages,

das Saarland hat gewählt und nur vier Wochen danach konstituieren wir nicht nur das Parlament, sondern bringen bereits die neue Landesregierung ins Amt. Es wird eine Regierung sein, die sich auf eine klare absolute Mehrheit der Mandate im saarländischen Landtag stützt. Das ist ungewöhnlich und bundesweit derzeit einmalig. Das bedeutet für die SPD als Partei, für die SPD-Fraktion, für meine Regierung und für mich persönlich eine große Verantwortung. Ich stelle mich dieser Verantwortung mit Demut, Zuversicht und meiner ganzen Kraft. Dass wir zwei sehr große Fraktionen haben, ist ein eindeutiges Zeichen für die Stärke der Volksparteien im Saarland. Und dass die eine der beiden künftig die Regierung stellt und die andere die Opposition und beide miteinander in den Wettstreit der Argumente treten, ist gut für eine lebhafte Demokratie. Es ist aber auch ein Auftrag an die hier vertretenen Parteien, die saarländische Gesellschaft in ihrer Breite zu repräsentieren, zu Wort kommen zu lassen und innerhalb wie außerhalb ihrer Strukturen einzubinden. Ich werde unser Land als Ministerpräsidentin mit Impulsen und Gestaltungswillen führen. Wer bei mir Führung bestellt, wird aber auch Beteiligung bekommen. Eine Alleinregierung muss nicht einsame Entscheidungen treffen. Und das wird sie auch nicht. Mir als Ministerpräsidentin und der gesamten Landesregierung ist daran gelegen, gesellschaftliche und parlamentarische Debatten bewusst zu führen und niemals zu meiden. Die neue Landesregierung wird sich verpflichten, gute Argumente für ihre Sache vorzubringen. Aber wir werden auch zuhören, wenn innerhalb oder außerhalb des Parlamentes bessere Argumente vorgetragen werden. Meine Bitte an Sie alle ist: Bleiben Sie ansprechbar und überzeugbar – wir bleiben es auch!

Manche sagen, dass die SPD keine Koalition braucht. Ich sage: Wir gehen eine Koalition der Verantwortung mit den Saarländerinnen und Saarländern ein. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von uns, dass wir gemeinsam zuversichtlich anpacken für den Zusammenhalt und die Zukunft unseres Landes. Mein Maßstab in dieser Landesregierung wird stets sein,

ob etwas richtig ist oder falsch, gut oder schlecht für unser Land und niemals ob es bequem oder unbequem, angenehm oder unangenehm ist. Das von mir vorgeschlagene Kabinett ist zugeschnitten auf die Herausforderungen, vor denen unser Saarland steht. Das Kabinett ist auf Handlungsfähigkeit und Kompetenz ausgerichtet und auf die Fähigkeit, zuversichtlich nach vorne zu denken und zu handeln. Kurz: auf unsere Verantwortung für Zusammenhalt und Zukunft.

Ich möchte, dass wir einen Aufbruchgeist entwickeln im Saarland. Dass wir gemeinsam diese Aufgabe anpacken, die Landesregierung ganz vorne weg. Das Saarland muss ein Bewusstsein über die Größe der Aufgabe entwickeln, aber auch ein Selbstbewusstsein, dass wir das packen werden.

Und gerade auch den Bürgerinnen und Bürgern, die eine andere Partei als meine gewählt haben – egal ob diese dem Parlament angehört oder nicht – versichere ich: Diese Landesregierung wird Politik für alle Saarländerinnen und Saarländer machen. Auch für diejenigen, die gar nicht gewählt haben. Denn, wenn wir sehen, dass die Wahlbeteiligung gesunken ist und auch regional sehr unterschiedlich verteilt ist, kann uns das als Demokratinnen und Demokraten nicht kalt lassen. In Saarbrücken-Burbach gingen nur 35 Prozent zur Wahl, während die Beteiligung in Tholey mit 75 Prozent mehr als doppelt so hoch war. Ich könnte weitere Beispiele nennen. Monokausale Erklärungen sind nicht ausreichend, aber wir müssen erkennen, dass dies auch eine soziale Spaltung zeigt. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der Respekt für den Anderen und der soziale Ausgleich sind also nicht nur politische Ziele, sondern auch demokratische Notwendigkeiten, damit das Vertrauen in die Demokratie nicht verloren geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sozialdemokratie trägt seit 2012 Regierungsverantwortung. Es wird schon deswegen keinen harten Bruch mit der bisherigen Politik der Landesregierung geben – wohl aber einen neuen Aufbruch. Und deshalb drücke ich an diesem Tage vor diesem Hohen Hause meinen Dank auch öffentlich aus, den ich ihm bereits persönlich gesagt habe.

Lieber Tobias Hans! Danke für Deinen Dienst als Ministerpräsident für unser Land! Das Land in der Zeit der Pandemie zu führen, war eine große Aufgabe und ich danke Dir, dass Du dabei den Zusammenhalt unseres Landes nicht aus den Augen verloren hast. Auch Anfeindungen von Impfgegnern und Menschen, die etwas über „Corona-Diktatur“ brüllen, haben dich nicht davon abgebracht, das zu tun, was wir für richtig gehalten haben. Und damit möchte ich stellvertretend auch denen danken, die mit dem heutigen Tage aus der Landesregierung ausscheiden. Vielen Dank an Peter Strobel, Monika Bachmann und Klaus Bouillon. Vielen Dank auch an Henrik Eitel, Anja Wagner-Scheid, Stephan Kolling, Roland Theis und Christian Seel! Mein Dank gilt auch Annegret Kramp-Karrenbauer, die Ministerpräsidentin zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode war und dem ehemaligen

Chef der Staatskanzlei Jürgen Lennartz. Danke für Euren Dienst an unserem Land!

Die neue Landesregierung wird die Herausforderungen, vor denen unser Saarland steht, umgehend annehmen. Wir übernehmen jetzt die ganze Verantwortung. Dafür sind wir gut vorbereitet.

Ich will heute zu Ihnen zunächst über drei große Herausforderungen sprechen. Ich bitte um Verständnis, dass ich viele Themen nicht mal streifen kann, die von Bedeutung für unser Land sind. Nehmen Sie dies bitte als Zeichen der politischen Konzentration und Fokussierung, nicht aber der Missachtung anderer Themen, die an anderer Stelle und zu späterem Zeitpunkt hier eine ebenso große Rolle spielen werden.

Die zentrale Herausforderung für unser Land ist die Zukunft der Arbeitsplätze – also der Strukturwandel. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht zwar für das Saarland von einem Aufbau von 23.000 neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2035 aus. Zugleich sieht das IAB aber aufgrund des Strukturwandels in der Saarwirtschaft bis zu 50.000 Arbeitsplätze wegfallen. Selbst, wenn wir alles tun werden, dass diese Verluste in der Dimension nicht eintreffen: Die Zahlen zeigen die Größe der Herausforderung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zeichnen das Feld, auf dem Zukunft entsteht oder vergeht.

Das oberste Ziel der neuen Landesregierung und von mir persönlich als Ministerpräsidentin ist deshalb: Bestehende Arbeitsplätze möglichst erhalten und zukunftsfähig machen und zugleich neue schaffen. Wir wollen 400.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Saarland erreichen. Das ist unsere Verantwortung: Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft.

Diese Strategie für Arbeitsplätze wird von mir als Ministerpräsidentin ressortübergreifend koordiniert werden. Ich werde daher zu meiner Unterstützung eine Stabsstelle Strukturwandel in der Staatskanzlei ansiedeln, die auch die Sitzungen eines Strukturwandelkabinetts vorbereitet. Ich werde regelmäßig die besonders mit Themen des wirtschaftlichen Wandels befassten Ressorts zusammenrufen, um die anstehenden Projekte abseits der Tagesordnung des Ministerrates zu besprechen – also zumindest die Staatskanzlei, Wirtschaft, Arbeit und Finanzen, bei Bedarf auch andere. Darüber hinaus werden auch alle Partner wie Kammern, Verbände, Hochschulen, Unternehmen und Gewerkschaften eingebunden durch die Strukturwandelinitiative, die künftig bei der Staatskanzlei angesiedelt sein wird. Die Strukturwandelinitiative werden wir zudem zu einem Ort der gesellschaftlichen Debatte machen und dort auch zum Beispiel Klimaschützer einladen sowie andere gesellschaftliche Gruppen und Akteure. Durch klare, konkrete Ziele wird Regierungshandeln nachvollziehbar. Und ich bin optimistisch, dass der Wandel im Saarland gelingen kann.

Lassen Sie mich zum Thema Zuversicht einen historischen Gedanken äußern: Die über 250jährige Industriegeschichte an der Saar ist fast ebenso lange ein andauernder Strukturwandel. Neue Technologien, Wandel von Staatsgrenzen und Währungen, Kriegs- und Friedenszeiten – all das und noch viel mehr hat Arbeitnehmer und Unternehmer an der Saar in den Zustand einer permanenten Transformation versetzt, auch wenn man das früher nicht so nannte. Alleine nach dem zweiten Weltkrieg hatten die Röder-Regierungen die ökonomischen Herausforderungen der kleinen Wiedervereinigung und den verspäteten Anschluss ans Wirtschaftswunder-Deutschland zu bewältigen, die Regierungen unter Oskar Lafontaine und Reinhard Klimmt die Krise der Stahlindustrie und die Regierungen unter Peter Müller und Annegret Kramp-Karrenbauer die Auswirkungen des Endes der Kohleförderung und der Schuldenbremse. Und heute agieren wir noch immer vor dem Hintergrund langfristiger Wirkungen dieser jeweiligen Krisen und Herausforderungen. Und das unter den neuen Bedingungen eines Strukturwandels, der geprägt ist durch Digitalisierung, durch technische Innovationssprünge, durch Klimaschutznotwendigkeiten und durch Disruptionen im internationalen Handel. Was da auf uns zukommt, ist breiter und tiefer als die Krisen einzelner Branchen zuvor. Trotzdem: Es wurden in der Vergangenheit nicht nur alle Krisen gemeistert, sondern jede hat uns erfahrener, mutiger und stärker gemacht. Krisen sind immer auch Chancen. Unsere saarländische Geschichte hat uns zu Strukturwandel-Weltmeistern gemacht. Diese Erfahrungen und unser Zusammenhalt geben uns deshalb die Zuversicht, auch die kommenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Denn ein Blick zurück zeigt: Es wird Rückschläge geben. Ich habe als Wirtschaftsministerin immer an der Seite der Beschäftigten für eine Zukunft von Halberg Guss gekämpft. Und ich war am 27. November 2019 bei der Betriebsversammlung als 600 – weit überwiegend – Männer, erfahren mussten, dass ihr Arbeitgeber in schwerstem Fahrwasser rangiert und viele von ihnen arbeitslos werden. Es war ein trauriger, ein verzweifelter Moment. Es war ein Moment, in dem klar wird, dass die Politik kämpfen und vieles verändern kann, aber nicht allmächtig ist. Und doch ist es gelungen, viele wieder in Arbeit zu vermitteln. Im November 2021 bekam ich eine Nachricht der Frau eines Halbergers, dem ich bei der Jobsuche helfen konnte. Sie schrieb: „Am 1.12. hat mein Mann einen Jahresvertrag erhalten, der gerade wieder um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Mein Mann arbeitet wieder auf 3 Schichten. Seine beiden Schichtkollegen haben ihn unglaublich nett aufgenommen.“ Das ist natürlich nur ein Schicksal von Hunderten und nicht alle sind positiv. Es ist aber doch ein schönes Schlaglicht darauf, dass auch in dunkelsten Stunden ein Licht am Ende des Tunnels erscheinen kann. Und so müssen wir auch unter dem Strich feststellen, dass sich einzelne Rückschläge nicht in steigender Arbeitslosigkeit im Saarland niedergeschlagen haben.

Denn auf der anderen Seite war da beispielsweise der 4. Mai 2019. An diesem Tag habe ich gemeinsam mit vielen anderen den Spatenstich für

den Küchenhersteller Nobilia setzen können. Nobilia ist eine Ansiedlung, die sich das Saarland über vorsorgende Flächenpolitik hart erarbeitet hat. Das Unternehmen ist derzeit dabei, die geplante Personalstärke aufzubauen und wird 1.000 Beschäftigte haben – erste Gespräche über eine Erweiterung sind bereits angebahnt.

An diesen beiden Beispielen will ich zeigen, dass der Strukturwandel keine Perlenkette entweder positiver oder negativer Ereignisse ist. Veränderungen wird es geben! Es kommt darauf an, negative Auswirkungen zu mildern und durch positive Entwicklungen mindestens zu kompensieren, am besten jedoch diese Veränderungen damit aktiv zu gestalten.

Und deshalb setze ich mich vehement dafür ein, dass wir die Chancen nutzen, die uns etwa die geplante Ansiedlung von SVOLT bietet und ich bin sehr froh, dass die frühzeitige Bürgerbeteiligung bereits viele Bedenken beruhigen konnte.

Die neue saarländische Landesregierung steht wie alle Vorgängerregierungen zu FORD in Saarlouis! Wir haben – CDU und SPD gemeinsam, aber auch mit den Beschäftigten – ein dickes Paket für FORD auf den Tisch gelegt. Es ist an der Zeit für FORD, diesen unanständigen Wettbewerb zwischen europäischen Standorten zu beenden und sich klar zur Zukunft in Saarlouis zu bekennen. Was für FORD gilt, beschreibt aber auch unsere Haltung zur Autoindustrie insgesamt. Wir haben gesunde Unternehmen, die den Strukturwandel meistern können. Sie brauchen Zeit für den Wandel, unternehmerische Weitsicht und die Möglichkeit, in ihre Zukunft zu investieren. Für vernünftige Rahmenbedingungen haben wir als Politik zu sorgen und ich sage für die Landesregierung zu, dass wir dafür immer kämpfen werden.

Wie auch für die Zukunft der Stahlindustrie! Unser Saarland hat ein Herz aus Stahl und das wird auch so bleiben!

Das ist unsere Verantwortung: Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft.

Neben der Stahl- und Autoindustrie setzen wir auch auf andere Zukunftsfelder. Beispielsweise verfügen wir mit IT und künstlicher Intelligenz rund um die universitäre Forschung oder etwa das CISPA über Potenzial für Tech-Firmen, Gründungen und Start-Ups, von der IT-Sicherheit über autonomes Fahren bis zur Kreativwirtschaft. Die Landesregierung wird Partner der saarländischen Unternehmen – auch und gerade im Mittelstand und im Handwerk – sein, die sich und ihr Geschäft angesichts der Digitalisierung, der Herausforderungen des Klimawandels, neuer Formen der Mobilität und der Disruption internationaler Märkte ein Stück weit neu erfinden müssen.

Dafür müssen wir einen besonderen Schwerpunkt auf Aus- und Weiterbildung und Qualifizierung legen. Denn Strukturwandel ist eine gemeinsame Sache der Unternehmensleitungen, der Beschäftigten und der Mitbestimmung. Andere Stichworte sind Wasserstoff, Stärkung von Tourismus, Handel und Gastronomie, Startups und Gründungen, das Handwerk, auch die Pflege. Wir werden einen wirtschaftspolitischen Impuls bei der Kreislaufwirtschaft setzen – ähnlich wie uns das beim Wasserstoff gelungen ist. Fachkräftemangel ist längst zum dominierenden Thema vieler Branchen geworden. Um die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes zu sichern, brauchen wir Fachkräfte. Das wollen wir erreichen mit Qualifizierung und gestaltender Transformation. Auch durch die weitere Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit – und durch Fachkräfte von außerhalb.

Wir werden das Jahrzehnt der Investitionen fortsetzen. Nur wer heute investiert, hat morgen die Chance, sich dem Abwärtszog der Finanzschwäche zu entziehen. Nur wer selbst investiert, mobilisiert frisches Geld von Investoren. Und jede Investition in Infrastruktur und Arbeitsplätze ist nicht nur gut für Unternehmen und Beschäftigte, sondern erhöht wieder die Einnahmen von Land und Kommunen.

Dennoch dürfen wir uns nicht im Wünschbaren verlieren, sondern setzen das Machbare um. Die Haushaltslage unseres Landes wird Abwägungen nötig machen zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren. Und auch zwischen Prioritäten.

Doch bei aller Schwerpunktsetzung und notwendigen Sparsamkeit, klar ist auch: Die gewaltigen Herausforderungen wird das Saarland nicht allein dadurch bewältigen können. Wir werden deshalb die Kraft der Alleinregierung dazu nutzen und ich persönlich werde mein politisches Gewicht in Berlin dafür einsetzen, dass wir jeden Euro bekommen, den wir finden. Wir müssen in Deutschland über die Verteilung von Strukturförderung neu reden, das Saarland wird sonst abgehängt. Eine Bevorzugung des Ostens hat keine wirtschaftspolitische oder strukturelle Begründung mehr. Es ist erwiesen, dass das deutsche Fördersystem insbesondere bei der Förderung von Kommunen dazu führt, dass finanzschwache Kommunen weiter abfallen, weil sie geringe Eigenanteile und Planungsleistungen nicht aufbringen können. Wir werden eine Debatte anstoßen über eine Neuverteilung von Mitteln in Deutschland, die hilft, aus der Spirale mangelnder Investitionen auszusteigen und dem grundgesetzlichen Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Rechnung trägt. Das kann und muss die Frage nach einer Altschuldenlösung für die Kommunen einschließen. Wir haben mit dem Saarland-Pakt unseren Anteil geleistet – eine der wesentlichen Errungenschaften der Großen Koalition. Der Bund muss jetzt seinen Teil erledigen. Und ich lade alle saarländischen Parteien – ob im Parlament oder außerhalb – ein, dass wir diesen Kampf gemeinsam führen. Die Bundesregierung hat das Projekt im Koalitionsvertrag vereinbart, allerdings ist dafür eine Mehrheit im Bundesrat und voraussichtlich eine Grundgesetzänderung notwendig und damit auch

die Mitwirkung von mehr Abgeordneten als denen der Ampel-Parteien. Ich bin aber angesichts der Größe der vor uns liegenden Aufgaben wie Arbeitsplätze, Klimawandel, Digitalisierung fest überzeugt, dass auch Konzepte wie Schuldenbremse und Länder-Finanzausgleich keine in Stein gemeißelten zehn Gebote sein dürfen.

Wir brauchen eine Finanzpolitik, die Wandel und Entwicklung ermöglicht und die auch in Berlin und Brüssel kreativ nach Geldern sucht.

Die zweite große Herausforderung ist ganz sicher die Zukunft unserer Kinder. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. Und nur wer gleiche Chancen schafft, wird den Zusammenhalt in unserem Land sichern. Das ist unsere Verantwortung: Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft. Unser Anspruch ist, dass Laura, Ben und Yussuf die gleichen Chancen haben. Egal wie du heißt, egal wo deine Eltern herkommen, egal wo du wohnst oder wie viel Geld die Familie im Portemonnaie hat: Unser Bildungssystem muss allen Kindern alle Chancen bieten. Wir wollen den Aufstieg des Saarlands im Bildungsranking fortsetzen und deutschlandweit um die Spitze mitkämpfen.

Bildung ist der Schlüssel für den Erfolg jedes und jeder Einzelnen. Und damit ist Bildung auch ein Schlüssel zum Erfolg des Saarlandes. Deshalb muss Bildung kostenfrei sein von der Kita bis zum Master oder Meister. Wir werden in dieser Legislaturperiode die Eltern-Beiträge für die Kita abschaffen und damit für mehr Geld in der Familienkasse sorgen. Dabei werden wir stufenweise vorgehen und stellen dafür noch vor dem Sommer einen Fahrplan vor. Zugleich werden wir das Angebot an Kita-Plätzen ausweiten und für ausreichend Personal sorgen.

Damit unser Bildungssystem eine Chancen-Manufaktur ist, brauchen unsere Kinder Zeit zum Lernen. Unser Ziel ist ein möglichst durchlässiges und flexibles Bildungssystem, das den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird. Auf dem Weg zum Schulabschluss spielen alle weiterführenden Schulen - Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und berufliche Schulen - eine wichtige Rolle. Klar ist: Wir wollen den Fehler G8 korrigieren, an den Gymnasien zu G9 zurückkehren und gleichzeitig die Gemeinschaftsschulen stärken.

Unser Ziel ist: Wer im Sommer ins Gymnasium kommt, macht G9. Wir legen in den kommenden Wochen gemeinsam mit allen Beteiligten fest, wie mit weiteren Jahrgängen umgegangen werden kann, auch wer in weitere Jahrgänge kommt, könnte sich zum Beispiel entscheiden, ob er ein zusätzliches Jahr einfügt. Klar ist natürlich, wer jetzt schon in die 10. Klasse oder höher eintritt, wird noch G8 machen. Uns ist wichtig, dass wir dafür auch ausreichend Personal an allen Schulformen haben. Und wir werden mit einem Schulbauprogramm dazu beitragen, dass Schulen ansehnliche Orte sind und Raum bieten.

Beim Ausbau der digitalen Bildung sind wir auf einem bundesweit vorbildlichen Weg. Dafür soll sich künftig in jedem Schulranzen ein Tablet finden. Und in der Aktentasche der Lehrkräfte sowieso. Und auch auf den Tablets befindet sich mehr als ein digitales Buch. Wir werden die digitale und analoge Bildungswelt mit modernster Bildungssoftware weiter verzahnen.

Und wir schulen auch im Einsatz dieser Mittel. Wir investieren in moderne IT-Ausstattung mit WLAN, Beamern und Smartboards, so werden über den Gigabit-Pakt bis Ende des Jahres alle Schulen schnelles Internet haben. Und mit dem neuen Pflichtfach Informatik ab Klassenstufe 7 zum Schuljahr 2023/24 holen wir die Lebensrealität junger Menschen noch mehr in unsere Schulen.

Bildung ist Teamwork – auch Schulsozialarbeiter sind aus dem schulischen Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir brauchen sie – an allen Schulen und wir brauchen mehr davon. Und ganz wichtig: um richtig Wirkung zu erzielen, müssen Schulsozialarbeiter in den Schulen gleichberechtigt mitentscheiden. Das zu regeln, war in der GroKo nicht machbar und das werden wir schnellstmöglich in Ordnung bringen.

Und wir werden den Ganzttag ausbauen. Wir haben im Saarland bereits heute viele gute Nachmittagsangebote, im ‚gebundenen‘ Ganzttag und bei unseren Freiwilligen Ganzttagsschulen. Ab 2026 greift bundesweit der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter. In den Kitas haben wir beim Ausbau des Ganztags bereits viel erreicht – haben heute 2.600 Krippenplätze und mehr als 1.000 Kindergartenplätze mehr als 2012. Beim Übergang in die Grundschule darf keine Lücke entstehen. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren gemeinsam mit den Trägern landesweit rund 6.800 zusätzliche Ganztagsplätze im Grundschulbereich schaffen.

Ganzheitlich betrachtet gehört zu der Herausforderung auch der Bereich der Hochschulen. Unsere Hochschulen sichern die Freiheit und Qualität der Lehre und stärken unsere offene, freiheitliche und der Zukunft zugewandte Gesellschaft. Sie helfen, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, bringen junge Menschen ins Saarland und sichern den Nachwuchs an Fach- und Führungskräften. Sie sind als Treiber von Forschung und Innovation nicht zuletzt auch ein Ort des sozialen Aufstiegs durch Bildung und Motor für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Sie sorgen für Neugründungen und neue Chancen für bestehende Unternehmen. Das wollen wir fortsetzen und weiter stärken. Wir wollen, dass aus den besten Ideen unseres Landes neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden die saarländischen Unternehmen unterstützen, näher an die Hochschulen und Institute zu rücken und den Innovationstransfer verbessern.

Die Klimakrise ist sicher die existenziellste Bedrohung für unseren Planeten und die Menschheit, die man sich vorstellen kann. Und deshalb die dritte Herausforderung, über die ich sprechen möchte. Gelingt es nicht, den Klimawandel in einem erträglichen Rahmen zu halten, brauchen wir über Zusammenhalt und Zuversicht nicht mehr reden. Unserem Planeten eine Zukunft zu erhalten, gehört zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit. Das ist unsere Verantwortung: Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft.

Ein wichtiger Schlüssel wird der massive und schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien sein. Der ist eine klimapolitische Notwendigkeit, längst aber auch eine wirtschaftspolitische – ohne grünen Strom kein grüner Stahl. Spätestens durch den Angriffskrieg Putins ist aber auch klar, dass wir nur durch Erneuerbare Energien langfristig unabhängig werden können von Putins oder anderer Kohle, Gas und Öl. So verstanden ist der Ausbau auch ein Freiheitskampf und eine Unabhängigkeitserklärung.

Wir werden daher den Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2030 mindestens auf 40% verdoppeln. Unser Ziel ist darüber hinaus, mindestens 50% - also die Hälfte - zu erreichen. Dazu setzen wir auf den Ausbau von Wind- und Solarkraft und nutzen die Entfesselung, die das sogenannte „Osterpaket“ und weitere angekündigte Novellen der Bundesregierung bringen werden. Beispielsweise werden wir dafür sorgen, dass tatsächlich 2% der Landesfläche für Windenergie genutzt werden.

Dabei werden wir die Kommunen unterstützen: Finanziell bei den Planungskosten, aber auch politisch, indem wir Seit an Seit argumentieren, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbinden und an Instrumenten arbeiten, Kommunen wie Anwohner auch finanziell profitieren zu lassen.

Wir wollen ein Landesprogramm zur Förderung von Stromspeichern zusätzlich zu einer Photovoltaik-Anlage auflegen und weitere Anreize setzen.

Wir treiben den Ausbau von Photovoltaik auf Landesdächern endlich entschieden voran. Auch Maßnahmen zum Einsparen von Treibhausgasen werden dazu beitragen, dass wir unsere Ziele erreichen. Dazu werden wir noch dieses Jahr den Klimaschutzplan vorstellen, an dem ich bereits in der letzten Legislaturperiode gearbeitet habe. Auf dieser Grundlage werden wir dann ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen verabschieden.

Und schließlich – da werden wir die Beteiligung aus der Opposition benötigen – wollen wir Klimaschutz und Nachhaltigkeit in die Landesverfassung aufnehmen. Hier werden wir einen Vorschlag zur gemeinsamen Bearbeitung einbringen.

Nachhaltigkeit bedeutet auch globale Verantwortung. Deshalb werden wir das Saarland zum ersten Fair-Trade-Bundesland machen. Die wichtigste Grundlage dafür ist, das Bewusstsein für soziale und ökologische Nachhaltigkeit in der Breite zu stärken.

Wir haben bereits in den vergangenen Jahren daran gearbeitet, unser Saarland nachhaltig zu machen. Ob Wald, ökologischer Landbau oder Natur- und Artenschutz – in vielen Bereichen ist das Saarland Vorbild für andere. Seit 30 Jahren wird der Wald im Saarland naturnah bewirtschaftet. Im Ergebnis haben wir im Saarland die Wälder, die sich andere wünschen. Das werden wir noch erweitern und zum Beispiel den Urwald vor den Toren der Stadt verdoppeln.

Wir haben im Saarland den höchsten Anteil an ökologischer Landwirtschaft und werden diesen bis 2030 auf 30 Prozent erhöhen.

Zu diesem Bereich gehört – wir bilden das nun auch in der Kabinettsstruktur ab – die Verkehrswende. Auf den Punkt gebracht: Wir wollen ein Mehr an Mobilität ermöglichen, aber mit weniger Verkehr. Ich möchte, dass alle Saarländerinnen und Saarländer gut, sicher und bezahlbar mobil sind. Für den Weg zur Arbeit, Uni, Schule und Kita, für Besorgungen, den Urlaub und die Freizeit. Der Verkehrsentwicklungsplan und die Tarifreform geben den Takt für den ÖPNV vor. Wir werden in dieser Legislaturperiode zum Beispiel ein 365-Euro-Ticket für junge Menschen einführen. Die Bedingungen für das Fahrradfahren werden wir Schritt für Schritt verbessern, denn viele Wege können ebenso gut auf zwei Rädern zurückgelegt werden. Dabei bleibt eines klar: Das Auto der Zukunft wird im Saarland gebaut werden, ganz egal, was es tankt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme auf die Ereignisse in der Ukraine zu sprechen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die Welt, hat Europa und hat auch Deutschland verändert. Der Kriegsverbrecher Putin bringt unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine.

Die ganze Welt schaut gebannt auf die tapferen und mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer, die für die Freiheit, für Demokratie und um ihr Leben kämpfen. Die Bundesrepublik Deutschland tut alles, was sie kann, um der Ukraine zu helfen: Humanitär, finanziell und auch militärisch.

Putin darf den Krieg nicht gewinnen, sonst ist die Ukraine vermutlich nicht das letzte Land, das er angreift. Deshalb bin ich dafür, dass wir der ukrainischen Armee alles liefern sollten, was verfügbar ist. Und wenn wir schnell einsatzfähige Waffen nicht verfügbar haben, dann geben wir dafür zumindest Geld oder helfen bei der Ausbildung. Ich bin aber sehr dafür, sich in der deutschen Debatte nicht mit Hartherzigkeit und moralischer Überhöhung zu begegnen, wenn Menschen beispielsweise Angst vor einem Winter ohne Gasheizung haben oder, dass Waffenlieferungen zu einem Kriegseintritt der NATO führen könnten. Meine Haltung ist klar: Wir sollten alles tun, was beiträgt, dass Putin seinen Angriffskrieg beendet und weitere Kriegsverbrechen in der Ukraine verhindert werden. Leider sehen wir jedoch in diesen Tagen eine weitere russische Offensive, die kaum Hoffnung auf ein rasches Ende des Krieges aufkommen lässt.

Das lenkt umso mehr den Blick auf einen Beitrag zu humanitärer Hilfe, den auch wir im Saarland leisten können: Den Ukrainerinnen und Ukrainern, die aus der Kriegshölle fliehen, eine möglichst unkomplizierte Aufnahme bei uns zu bieten. Das gilt für die schnelle Registrierung und adäquate Unterbringung wie auch für die medizinische und psychologische Versorgung und im Hinblick auf geflüchtete Kinder auch für den Bereich Schule und Betreuung.

Die neue Landesregierung wird schnellstmöglich einen ressortübergreifenden Koordinierungsstab einrichten, um alle Bemühungen aufeinander abzustimmen. Vor allem für Mütter mit Kindern steht jetzt erstmal ein sicheres Leben und Betreuungsmöglichkeiten im Zentrum. Je länger der Krieg dauert, umso mehr rückt auch eine längerfristige Integration in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt in den Blick. Abschlüsse müssen schnell anerkannt und wo nötig Aus- und Weiterbildungen ermöglicht oder fortgeführt werden. Besonders die Vermittlung von Sprachkursen wird hier gleich mitgedacht, denn Deutsch ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration und zur Teilhabe im Alltag. Wir hoffen mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, dass sie schnell in ihre Heimat zurückkehren können. Aber wir können nicht ausschließen, dass das noch dauern wird. Und auch dafür wollen wir Vorsorge treffen.

Wir werden uns auch die Arbeit der Ausländerbehörde sehr genau anschauen müssen und auf Flaschenhälse untersuchen, an denen Anträge auflaufen und nicht bearbeitet werden. Das gilt nicht nur für aktuelle Flüchtlingsbewegungen, sondern für alle, die zu uns kommen oder gekommen sind – besonders für diejenigen, die bei uns Arbeit finden, Unternehmen gründen oder sich ausbilden lassen – wie etwa viele Syrerinnen und Syrer. Willkommenskultur beweist sich nicht nur in der Absicht, sondern vor allem in der Umsetzung.

Erlauben Sie mir noch wenige Worte zu Corona. Die Pandemie verschwindet derzeit ein Stück weit aus der öffentlichen Wahrnehmung. So ist das leider oft mit Gefahren. Nur, weil sie für eine Weile nicht Thema Nummer Eins sind, sind sie aber nicht weg. Die Omikron-Variante hat der Pandemie einen Giftzahn gezogen. Und doch: Es ist nicht ausgemacht, dass dies so bleibt. Wir müssen darauf vorbereitet sein, neue Wellen zu erleben. Niemand kann heute sagen, ob wir neue Varianten sehen werden und ob diese dann gravierender oder milder sein werden. Es ist richtig, dass die meisten Schutzmaßnahmen aufgehoben wurden. Es ist auch genauso richtig, dass viele Menschen dort freiwillig die Maske tragen, wo sie sich lieber weiter schützen möchten. Diese Eigenverantwortung steht nun im Zentrum. Das darf aber nicht heißen, dass alle Beobachtungs- und Alarmsysteme eingestellt werden. Wenn eine nächste Welle kommen sollte, dürfen wir nicht erst reagieren, wenn sie in den Krankenhäusern ankommt. Das sind wir auch dem Personal in den Kliniken schuldig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es angekündigt: Ich könnte noch über sehr viel mehr Herausforderungen sprechen.

Wir werden die Pflege im Saarland verbessern. Das Gesundheitsministerium wird jetzt sehr schnell in die Erarbeitung eines Landespflegeplans gehen. Er soll die Grundlage werden, um Pflege im Saarland bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, stationär wie ambulant.

Zügig werden wir eine „konzertierte Aktion Pflege“ mit Verbänden, Gewerkschaften, Politik, Trägern und Betreibern aufs Gleis setzen. Wir brauchen 4.000 zusätzliche Pflegekräfte, und wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, damit nicht mehr so viele Pflegekräfte das Handtuch schmeißen. Auch das ist unsere Verantwortung für Zusammenhalt und Zukunft.

Wir brauchen eine starke und moderne Justiz, der die Menschen vertrauen und einen gut ausgestatteten Strafvollzug. Wir setzen den Weg der personellen Verstärkung der Justiz fort, damit Verfahren zügig bearbeitet werden können und werden dafür sorgen, dass das Vertrauen in unseren Rechtsstaat weiter gestärkt wird.

Wir wollen ein Saarland, das anziehend ist, in dem man gerne leben möchte und kann. Wir werden Menschen unterstützen, die hierherziehen wollen – etwa mit einem Umzugsbonus.

Wir werden mehr bezahlbare Wohnungen bauen und schnelles Internet auch aufs Land bringen. Wir werden Armut effektiver bekämpfen und eine aktive Jugendpolitik machen. Und wir stehen für Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung, und konkret sichern wir Polizeipräsenz in jeder Kommune und mehr Personal in der Fläche.

Das Saarland ist ein weltoffenes und tolerantes Bundesland. Männer und Frauen sowie Menschen mit anderer Identität sind gleich zu behandeln. Klingt selbstverständlich, ist aber weiterhin nicht erreicht. Wir werden an einer Gleichstellungsstrategie arbeiten, die diesen und weiteren Herausforderungen gerecht wird. Dazu zählt auch und insbesondere der Abbau der Diskriminierung von queeren Identitäten.

Wir geben der Landesentwicklung neuen Schwung. Der Landesentwicklungsplan geht in die Zielgerade, die Reform des kommunalen Finanzausgleichs bringen wir voran und machen Ernst mit der Förderung von Ortskernen und Wohnungsbau. Denn lebendige Kommunen sind entscheidend für die Lebensqualität in unserem Land.

Wir wollen eine Renaissance von Kunst & Kultur nach Corona. Die kulturelle Landschaft des Saarlandes ist herausragend und vielfältig. Sie reicht von den kulturellen Leuchttürmen wie dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte, der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz und dem Staatstheater bis zu den vielen Kunst- und Kulturinitiativen und den breitenkulturellen Angeboten in

den Städten und Dörfern – oft getragen durch privates Engagement, ehrenamtliche Arbeit und Vereine. Damit viele Menschen in den Genuss kommen, werden wir die Kunst sichtbarer machen und Hürden abbauen. Dazu gehört der freie Museumseintritt einmal die Woche.

Willy Brandt hat einst gesagt: „Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein“. Im Saarland können wir sagen: Wir SIND ein Volk guter Nachbarn! Hier bei uns im Land über Zäune, Hecken, Balkone und von Haus zu Haus. Aber auch über die Grenzen nach Rheinland-Pfalz und nach Luxemburg und Frankreich. Ich möchte, dass wir die Olympischen Spiele 2024 in Paris als grenzüberschreitendes Festival des Sports und der Begegnung nutzen. Die Spiele kommen uns so nah, wie selten zuvor, in unserer Grenzregion ist das eine große Chance für Tourismus, für unseren Sport, für internationalen Austausch und Völkerfreundschaft. Und das kann ein Booster sein, um Kinder und Jugendliche nach der schweren Corona-Zeit wieder für den Sport in unseren Vereinen zu begeistern. Ich würde mir wünschen, dass wir mit den olympischen Spielen im Herzen Europas eine kongeniale Verbindung schaffen zwischen dem europäisch-internationalen und dem olympischen Gedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende. Und ich denke, dass ich nicht nur für mich, sondern für (fast) alle Abgeordnete hier sprechen kann, wenn ich sage: Wir stehen für ein Europa des Friedens und der Freiheit. Putin versucht, Europa zu spalten. Ein Versuch ist am Sonntag bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich zum Glück gescheitert. Der pro-europäische Gedanke hat über die Rechtsextremistin Marine Le Pen obsiegt. Der Schrecken in Frankreich hat einen Dämpfer bekommen, aber er ist deswegen leider nicht vorbei. Die französische Politik und der wiedergewählte Präsident werden Antworten finden müssen auf die Radikalisierung, die Abwendung von der Demokratie und die schon sehr lange andauernde Hinwendung zu Nationalismus und Rechtsextremismus, gerade in unserer Grenzregion. Unsere Antwort darauf muss sein, dass wir noch enger zusammenrücken müssen als Großregion. Zum Beispiel durch mehr grenzüberschreitenden Zug-Verkehr, durch ein gemeinsames „Ticketing MoselleSaar“ und die Weiterentwicklung des Fahrplanauskunftssystems „mobiregio“. Durch eine engere Zusammenarbeit im Bereich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, mit einer Task Force Grenzgänger der Großregion, die die administrativen und rechtlichen Hürden erkennt und kluge Lösungen bietet. Aber auch und vor allem durch eine echte und gemeinsame Zukunftsvision für die Großregion, welche auf saarländischer Seite neben einer Frankreichstrategie auch einen Luxemburg-Plan beinhaltet.

Unser Saarland ist ein wunderbares Land. Wir Saarländerinnen und Saarländer wissen das. Und auch immer mehr Urlauber bestätigen das und kommen gerne wieder. Wir sind bodenständig, weltoffen und

gastfreundlich. Und doch bleibt da stets ein Rest-Zweifel übrig, vielleicht gerade weil wir nicht ständig mit breitem Kreuz durch die Republik laufen wie - sagen wir mal - andere aus anderen Regionen. Viele schätzen die wirtschaftliche Zukunft düster ein, auch wenn sie ihre persönliche Situation als gut betrachten. Wir sind - angeblich - klein und am Rande der Republik. Ich sage: Weil wir kleiner sind, können wir besser zusammenhalten. Und unsere Lage ist mitten im Herzen Europas statt am Rande Deutschlands. „Die Saarländer können nicht so gut angeben wie andere“ hat der saarländische Journalist und Buchautor Nils Minkmar kürzlich geschrieben. Da hat er Recht. Und Breitbeinigkeit ist im Übrigen Gott sei Dank auch ein Stilmittel von gestern.

Und doch dürfen wir uns ein Stück weit angewöhnen, unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Im Saarland gelingt Großes: Wir sind Ehrenamts-Tabellenführer, nirgendwo sonst engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich. Ob im Sportverein, bei der Feuerwehr oder Hilfsdiensten wie DRK oder THW oder aber der kirchlichen Jugendarbeit: Ohne dieses Engagement wäre unsere Gesellschaft ärmer. In der Pandemie haben quasi alle Berufsgruppen jeweils besondere Belastungen aushalten müssen. Natürlich zuvorderst medizinisches Personal und Pflegerinnen und Pfleger, aber auch Menschen, die in der Integration oder Inklusion tätig sind. Aber ebenso Lehrerinnen und Lehrer, die versucht haben, die bestmögliche Lehre zu gestalten oder Polizistinnen und Polizisten, die Recht und Ordnung aufrechterhalten haben. Wer an der Kasse sitzt oder am Lenkrad eines LKWs; wer an seinem Schreibtisch Ideen entwirft oder an seinem welche umsetzt; Wer die Werkbank organisiert und wer an ihr arbeitet; Wer das Auto plant und marktfähig macht und wer es baut; Wer anderen hilft und wer Hilfe benötigt: Sie alle und noch viel mehr sind Saarländerinnen und Saarländer und sie alle können stolz sein auf das Land, das wir alle gemeinsam sind.

Ich komme zurück auf Nils Minkmars Satz, die Saarländer könnten nicht so gut angeben. Mein Ziel ist es, die Amtszeit dieser Landesregierung dafür zu nutzen, durch gemeinsames, tatkräftiges Handeln ein neues Selbstbewusstsein des Saarlandes zu schaffen: „Mit Zuversicht für Zusammenhalt und Zukunft“. Ich will, dass die Saarländerinnen und Saarländer stolz sind auf unser Bundesland und das, was wir gemeinsam erreichen.

Das ist unsere Verantwortung, die wir von heute an mit voller Kraft und ganzem Herzen annehmen wollen. Glück auf!